

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Nöcken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 4

Düsseldorf, den 28. Januar 1933

Verbandort Krefeld

## Betriebsratswahlen 1933!

Mitglieder  
und Außenleiter

F. M. Nach zweijähriger Dauer läuft in diesem Jahre das Amt der im Jahre 1931 ordnungsmäßig gewählten Betriebsvertreter ab. Es muß also neu gewählt werden. Diese Wahlen werden in der Fortentwicklung des Arbeitsrechts von großer Bedeutung für die Arbeiterschaft sein. Sie werden auch über den Rahmen der Arbeiterschaft hinaus lebhaftes Interesse finden. Das liegt in der Natur der Sache.

Politische Geschäftsmacher haben sich die Notlage der Arbeiterschaft zur Genüge zu Nutze gemacht und ihr Handwerk an ihr verkauft. Betriebszellenorganisationen wurden von ihnen neu gegründet und bereits bestehende weiter ausgebaut. Und diese wurden durch jene Arbeiter gestärkt, denen die Erfolge der Gewerkschaften während der Wirtschaftskrise nicht groß genug waren. Wirtschaftliche Interessengruppen führten in den zwei vergangenen Jahren einen Kampf gegen die Arbeitergewerkschaften, wie ihn diese wohl noch kaum jemals erlebt haben. So bekämpften die Gegner der Gewerkschaften diese mit einem Teil der Arbeiterschaft selbst.

Und die Arbeiterschaft? Vor allem die christlich organisierte? Sie führte einen zähen, unerbittlichen Abwehrkampf, und sie kann mit dem Erfolg ihres Abwehrkampfes zufrieden sein. Das Ziel aller Angriffe, die Zerstörung der Gewerkschaften, ist nicht erreicht worden. Große wirtschaftliche Unternehmungen sind durch die Unfähigkeit ihrer Wirtschaftsführer zusammengebrochen, ganze politische Gemeinden stehen vor dem Bankrott, manche politische Partei ist zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, und die Regierung von Papen mußte gehen.

Aber die Gewerkschaftsbewegung steht auch heute noch und mit ihr die Grundlagen des Arbeitsrechts.

Sicher ist die Gewerkschaftsbewegung geschwächt worden, aber doch nicht so, wie manche „Freunde“ der Arbeiterschaft das gewünscht und erwartet haben. Sie wird ihre innere Stärke bei den kommenden Betriebsratswahlen erneut unter Beweis stellen.

Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, ihre Gewerkschaften und ihren Einfluß in den Betrieben aufzugeben. Das ist der Sinn der Betriebsratswahlen 1933.

### Um was es geht?

Es geht bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen zuerst um das richtige Erkennen der zukünftigen Aufgaben, die die neuwählenden Betriebsvertreter zu erfüllen haben.

Die wichtigste dieser Aufgaben ist wohl, die Betriebsräte vor der Politisierung zu bewahren. Diese Gefahr ist außerordentlich groß.

In den letzten Jahren hat die deutsche Arbeiterschaft eine starke Radikalisierung durchgemacht. Das trifft zunächst für die sozialistische Arbeiterbewegung zu, in der die kommunistischen Stimmen sehr stark zugenommen haben, wie die nachstehende Tabelle in abgerundeten Zahlen zeigt:

### Die Radikalisierung der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Wahltag	Wahljahr	Sozialistische Stimmen insgesamt	Darvon kommunistische Stimmen	Prozent
6. 6. 1920		11 750 000	590 000	5
4. 5. 1924		9 700 000	3 693 000	37,5
14. 9. 1930		13 150 000	4 590 000	34
31. 9. 1932		13 300 000	5 366 000	40
6. 11. 1932		13 200 000	5 973 000	45,2

Die Zeit liegt nicht mehr fern, wo die Kommunisten die Führung in der sozialistischen Arbeiterbewegung übernehmen werden. Dieser Zeitpunkt wird um so eher eintreten, je länger die Wirtschaftskrise noch anhält und die Stempelstellen den Kommunisten Gelegenheit geben, ihre Propaganda an den Mann zu bringen.

Besteht auf diese Erfolge bei politischen Wahlen entwickelt nun die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) als die Betriebszellenorganisation der kommunistischen Partei eine lebhaftige Tätigkeit, vor

allem im rheinischen Industriegebiet. Bereits in der ersten Januarhälfte wurde für die Industriearbeiter des Kohlenreviers am Niederrhein eine Resolution angenommen, die einmal auf die Bedeutung der diesjährigen Betriebsratswahlen hinweist und dann den genauen taktischen Plan bekanntgibt. In diesem Plan, der innerhalb der kommunistischen Bewegung noch als vertraulich gilt, heißt es über das Endziel der Betriebsratswahlen:

„Höchstes Ziel der RGO und der Partei muß es sein, daß wir bei dieser Betriebsratswahl mit allen Industriegruppen, wie Bergbau, Metall, E. V. G. B., E. V. d. B., Eisenbahn, Post und Staat, Leder, Holz, Chemie, Film, Musik und Bühne, Nahrung und Genuss, Land- und Forstwirtschaft, Graphik, Papieren und Wassertransport und in alle Betriebe einzudringen, um unseren Einfluß unter der gesamten Arbeiterschaft zu vergrößern und zu vertiefen, um die uns als Partei und Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition gestellten Aufgaben des Klassenkampfes erfüllen zu können.“

Auf der anderen Seite ist auch die nationale Arbeiterschaft von der Radikalisierung nicht verschont geblieben. Sie zeigt sich in der Zellengründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO). Die Gründung der

NSBO hat ebenfalls ihre Ursache im Stimmengrowth, den die RGO bei politischen Wahlen erreichen konnte. Auch die nationalsozialistischen Betriebszellen sind berufen, in erster Linie die nationalsozialistische Parteipolitik im Betriebe den wirtschaftlichen Belangen der Arbeiterschaft den Vorrang zu geben. Das geht ganz klar aus der Anweisung hervor, die die Reichsleitung am 10. Februar 1932 herausgegeben hat:

„Alle Mitglieder der NSBO — und zwar unterschiedslos — haben sich als bewusste Kämpfer für die nationalsozialistische Weltanschauung zu betrachten und demzufolge bestimmte Pflichten zu erfüllen. Rückhaltloses Einsetzen im Betrieb und sonstwo für die nationalsozialistische Idee.“

Eine weitere Pflicht ist das Wachen freier Arbeitsstellen, um arbeitslosen Parteimitgliedern wieder zu Arbeit und Brot zu verhelfen.“

Sieht man von den rein politischen Zielen beider Zellenbildungen ab, dann bleibt für uns immer noch die Frage offen, weshalb denn überhaupt Zellenorganisationen gegründet worden sind? Die Schlussfolgerung ist nicht allzuschwer. Man lehnt es ab, sich einer gewerkschaftlichen Berufsorganisation anzuschließen. Und deshalb sind alle Zellenorganisationen gegen die Gewerkschaften gerichtet.

## Unsere Stellung zu den Betriebsratswahlen

### Eigene Listen oder Listenverbindungen?

Aus dem vorher Gesagten muß sich unsere Stellung bei den kommenden Betriebsratswahlen ergeben. Ganz besonders kommt unsere Stellung zum Ausdruck in unseren eigenen und in unserer Stellung zu gegenwärtigen Vorschlagslisten.

Grundsätzlich gehen wir überall mit eigenen Vorschlagslisten vor.

Wir sind eine selbständige Bewegung, frei von allen politischen, bündischen und konfessionellen Bindungen. Wir glauben auch heute noch an die Stozkraft und an die Sieghaftigkeit unserer Bewegung.

Keine Listenverbindung mit anderen Organisationen, wo die Verhältnisse nicht dazu zwingen.

Unter „anderen“ Organisationen verstehen wir gegnerische Gewerkschaftsorganisationen. Die Ablehnung der Listenverbindung mit gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen braucht nicht zu einer persönlichen Bekämpfung innerhalb der Bewegung zu führen. Es kann bei der Verfolgung wirtschaftlicher Ziele und Aufgaben Zeiten geben, die ein Zusammengehen aller Gewerkschaftsrichtungen notwendig machen. Das darf aber nicht dazu führen, daß auch nur der Anschein erweckt würde, als ob unser christlicher Textilarbeiterverband nicht imstande wäre, seine eigenen Wege zu gehen.

Ablehnung jeder Listenverbindung mit einer Betriebszellenorganisation.

Wir haben sicherlich nicht notwendig, uns mit Zellenmitgliedern über die nationalen Aufgaben einer wirtschaftlichen Organisation zu unterhalten. Verweisen wir bei Anfragen dieserhalb doch nur auf die Ausführungen des Kollegen Jakob Kaiser, die er auf dem 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften am 19. 9. 1932 in Düsseldorf gemacht hat:

Den christlichen Gewerkschaften fallen in diesem Stadium der deutschen Volkswirtschaft große Aufgaben zu. Wir sind nun einmal die Brücke zwischen den den freien Gewerkschaften folgenden sozialistischen Arbeiterbewegungen. Unser Denken war immer volkspolitisch und auf einen starken nationalen Staat gerichtet. Wir haben in unseren Kreisen Männer, die einer ausgesprochenen Demokratie das Wort reden, und Männer, die von einer konservativen Staatsauffassung kommen. Was uns aber alle

eint, ist der unererbliche Wille, das Soziale zum Lebensprinzip des deutschen Volksstaates zu machen. Und was uns alle eint, ist der leidenschaftliche Wille, das deutsche Volk möge in gesunder Kraft seinen Staat, seine Nation, auf den Grundlagen einer starken außenpolitischen Freiheit ausbauen. Der Glaube an die Kulturfähigkeit Deutschlands liegt uns im Blut. Das gibt uns auch die überparteiliche Kraft, die zu pflegen wir stärker als je gewillt sind.“

Darüber, ob gemeinsame Listen etwa mit der RGO eingegangen werden könnten oder ob Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf „roten Einheitslisten“ kandidieren können, braucht kein Wort verloren zu werden. Mitglieder unseres Verbandes, die auf „roten Einheitslisten“ kandidieren, haben im christlichen Textilarbeiterverband keinen Platz mehr.

Mitgliedern unseres Verbandes, die etwa Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sein sollten, kann und soll die Übernahme einer Kandidatur auf den Vorschlagslisten unseres Verbandes nicht unmöglich gemacht werden, wenn sie zum Ausdruck bringen oder besser noch, wenn sie sich verpflichten, ihr Betriebsratsamt im Sinne der Satzungen des Verbandes auszuüben, d. h. daß sie ihre parteipolitischen Ziele bei Ausübung ihres Amtes zurückstellen.

Mitglieder unseres Verbandes, die Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sind und auf der Liste einer nationalsozialistischen Betriebszelle als Betriebskandidat erscheinen, setzen sich mit den Verbandssatzungen in Widerspruch und haben aus dem Verband auszutreten oder sind aus dem Verbande auszuscheiden.

So nationalsozialistische Betriebszellen mit eigenen Listen aufzutreten, da sind sie von den Gewerkschaften als Gewerkschaftsfeinde zu betrachten und demgemäß zu bekämpfen. Das Ziel der Betriebsratswahlen für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist ganz klar:

Erhaltung des Gewerkschaftseinflusses; Wiederherstellung des Vertrauens zur Gewerkschaftsbewegung da, wo es durch systematische Arbeit der Gewerkschaftsfeinde untergraben wurde; Verhinderung der Politisierung der Betriebsräte und Erhaltung ihres ursprünglichen Wertes.

In immer stärkerem Maße drängt sich heute die Frage auf, wie dem jetzigen Zustande, daß nur ein Teil der Arbeiterschaft in den gewerkschaftlichen Organisationen erfasst ist, während ein beträchtlicher Teil davon denselben fernsteht, ein Ende zu bereiten ist. Jeder an dem Wohl und Wehe der Arbeiterschaft Interessierte muß sich gerade auch darüber mal ernstlich Gedanken machen. Klarheit dürfte allgemein darüber sein, daß das werktätige Volk in seiner Gesamtheit — gleich ob in Arbeit stehend oder als Opfer der furchtbaren Wirtschaftskrise — dringend der Hilfe und des Schutzes bedarf. Um so mehr als die Vergangenheit uns klar und erkennbar zeigt, wie alle Belastungen immer stärker auf die schwachen Schultern der unteren Schichten abgemälzt werden sollen. Sie zeigt uns aber auch eindeutig, daß die breite Masse des Volkes sich dagegen aufbäumte und auflehnte, wie das besonders bei den verschiedenen Wahlen immer mehr in Erscheinung trat.

In fast nie gekanntem Maße ging ein radikaler Zug durch das Volk. Diese Reorientierung, die immer mehr an Raum gewinnt, zeigte sich ganz besonders nach der parteipolitischen Seite hin. Ein großer Teil ist bisher jedoch in den davon geknüpften Erwartungen arg enttäuscht worden. Kaufpendeln nun von einer Partei zur anderen hin und her und irren von einem Extrem zum anderen. Angesichts dieser Tendenz ist eine zweite, ebenso wichtige Frage zu klären. Selbst wenn der Fall eintritt, daß die Arbeiterschaft innerhalb der Parteien im Reichstag und bei der Abwicklung der Regierungsgeschäfte an Macht und Einfluß gewinnt, so wäre es wohl auf gefahrerischem Wege möglich, die Lage in der eigenen Schicht besser zu gestalten und die Belastung auf ein erträgliches Maß zurückzubringen. Entscheidend bleibt jedoch immer, ob alle noch so schönen und gut gemeinten Befehle sich auch nach unten hin auswirken und auch tatsächlich praktiziert werden. Hier kann es sich auch erst zeigen, ob die Arbeiterschaft hauptsächlich auch wirtschaftlich einen Machtfaktor darstellt, der jederzeit in der Lage ist, die Rechte, die sich die Arbeiterschaft erkämpft, zu überwaschen und für deren Durchführung überall Sorge zu tragen. Wer will sonst den Unternehmer, den Arbeitgeber zwingen, Handlungen zu unterlassen oder auch vorzunehmen, die für ihn in jedem Falle eine Erleichterung bedeuten, wenn nicht der ernste Mahner, die gewerkschaftliche Organisation, im gegebenen Falle warnend die Stimme erhebt und die Betroffenen auch notfalls zum Kampf aufruft.

Oft ist schon erfolgreich gekämpft und gerungen worden, viel aber auch schon nutzlos wertvolle Kraft vergeudet worden, weil die einheitliche Führung, der einheitliche Wille fehlte. Diese Voraussetzungen zu schaffen, bleibt eine der vornehmsten Aufgaben des standesbewußten Teiles der arbeitenden Schicht. Darum an dieser Stelle aber ganz besonders ein Wort an die Außenleiter. Ihr eigenes Schicksal und das einer späteren Generation bedeutet ihnen anscheinend gar nichts. Auf die „Anderen“ bauend, ab und zu mal kritischer, so leben sie in den Tag hinein und glauben sich damit den besten Dienst zu erweisen. Mit ihnen wäre ein Aufbau, wie er gerade in einer Zeit höchster Machterhaltung der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit im Interesse der Arbeiterschaft vollzogen worden ist, gar nicht denkbar gewesen. Nicht mit Unrecht werden die Außenleiter als „Bremsklötze“ der aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft bezeichnet. Wer noch einen Funken Liebe für die



# Die Textilrohstoffe der Welt

## Das Konjunktur-Problem der Textil-Wirtschaft

Not bei Ueberfluß. Das ist das sichtbare Merkmal unserer Zeit. Ueberfüllte Rohstofflager und Millionen Menschen, die am Allernotwendigsten Mangel leiden. Den Ausgleich zwischen Ueberfluß und Not, den Regulator eines gewaltsam aus dem Gleichgewicht geworfenen Mechanismus zur Balancierung von Angebot und Nachfrage zu finden, das ist das Problem der „Wirtschafts-Ankurbelung“. Wo liegen die Gründe der Krise? Wo liegen die Möglichkeiten des Ausgleiches? Die mit dieser Artikel-Reihe gegebenen Darlegungen sollen einen Teil der Krisen-Faktoren aufzeigen — um den Weg zu weisen, über den der „Wiederaufstieg“ gehen muß. — Die Schriftleitung.

Zwei Faktoren sind es vor allem, die die Krise der Weltwirtschaft ausschlaggebend bestimmen und von denen somit auch ihre Ueberwindung abhängt: Zum einen die allgemein fehlende Kaufkraft der Konsumenten und zum anderen die gewaltige Stauung der Rohstoffvorräte der ganzen Welt. Beide Krisenursachen stehen miteinander und zueinander in mittelbarer und unmittelbarer Wechselbeziehung: Von der fehlenden Kaufkraft der Konsumenten ist die Häufung der Rohstoffvorräte erheblich steigend beeinflusst worden. — Mit anderen Worten: Die fehlende Kaufkraft breiter Verbrauchergruppen und der dadurch verursachte Absatzrückgang hat die Stauung der Rohstofflagerbestände dauernd verstärkt. Andererseits hat die Rohstoffvorratssteigerung infolge des dadurch eingetretenen Rohstoffpreisanstieges zu einem weiteren Kaufkraftrückgang der Rohstoffländer und ihrer Bevölkerung geführt, die im gleichen Maße, als die Rohstoffpreise sanken, in ihrer Konsumkraft geschwächt wurden und zum Teil gänzlich als Abnehmer auf dem Weltmarkt auschieden.

In dem Auseinanderklaffen dieser beiden ursächlichen Krisenfaktoren aber ist letzten Endes die Wirtschaft auf der Talsohle des Krisen-Tiefs erstarrt, und die Frage: „Wiederaufstieg?“ hängt schließlich davon ab, ob aus der weltwirtschaftlichen Folgentwicklung Kräfte ausgelöst werden können, die geeignet und stark genug sind, dieses Mißverhältnis wieder auszugleichen und Angebot und Nachfrage wieder in eine normale Verbindung zu bringen. Es ist unbestreitbar, daß dabei für die „Wiederaufbauung“ der Weltwirtschaft auf dem „toten Punkt“ festgefahrenen Weltwirtschaft psychologische Momente, wie etwa die Frage der Unternehmerlust, des gegenseitigen Vertrauens usw., eine erhebliche Rolle spielen. Ebenso kann natürlich auf „künstliche Wege“ durch eine absichtliche und systematische „Blutzufuhr“ die Wirtschaft durch Kapital- und Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeiten weitgehendst angeregt werden. — Letzten Endes wird aber doch das selbständige Kräftefeld der Wirtschaft Bedingung für eine wirklich anhaltende Befundung bleiben, wobei sich ohne Zweifel noch beträchtliche Spannungen zwischen den verschiedenen Zwischenfaktoren der beiden Gegenpole: Produktion und Verbrauch, ergeben werden, die noch zu

überwinden bleiben.

Die Wechselwirkung von Rohstoffvorratsstauung und Kaufkraftschwächung wird auf dem Gebiete der Textilwirtschaft deshalb besonders deutlich erkennbar, weil hier der Rohstoff selbst ausschließlich Verbrauchszweck hat, ohne wie andere Rohstoffe (Eisenerze usw.) eine teilweise indirekte Verwendung zu finden. Andererseits gehören die Rohstoffe der Textilwirtschaft (mit Ausnahme der Kunstseide) ausschließlich zu den Erzeugnissen, deren „Produktion“ aus natürlichen Erzeugungsurachen und -wirkungen zu einem wesentlichen Teile unabhängig von menschlichen Einwirkungen bestimmt wird. So durch den Ernteaussfall der Baumwollproduktion, durch den Schurverlust der Seidenproduktion. Diese „natürliche Zufälligkeit“ der Produktion wird noch erhöht durch das Nebeneinander von zahlreichen Produzenten (Farmern, Bauern, Züchtern), deren Handeln viel schwerer unter eine einheitliche Direktion gebracht werden kann, als die Rohstoffherzeugung etwa des Bergbaues, der chemischen Industrie oder der Kraftindustrie.

Die wichtige (nicht mißzuverstehende!) Naturgesetzmäßigkeit der Wirtschaft spielt also hier eine wesentliche Rolle. Andererseits aber ist gerade die Textilwirtschaft durch eine falsche, der Wirtschaft aus kurzfristigen Profitmotiven aufgezogene verkehrte „Naturgesetzmäßigkeit“ doppelt schwer und nachteilig betroffen worden: Durch die Unnatürlichkeit einer verkehrten Preis- und Kaufkraftbeeinflussung. Eine jahrelange künstliche Preishochhaltung um jeden Preis führte zu beträchtlichen Ernteeinbußen (Vergrößerung der Anbauflächen, Intensivierung der Produktion usw.), während eine gleichzeitige Kaufkraftsteigerung und damit eine entsprechende Absatzsteigerung unterbunden wurde. So stehen sich gewaltige Rohstoffvorratsstauungen und riesige Textilbedarfsstauungen bei unzureichender Kaufkraft gegenüber, und selbst ein Preisturz der Textilrohstoffe bis zeitweise unter die Herstellungskosten vermochte den Ausgleich nicht zu schaffen. Aus diesem Gegensatz, der letzten Endes das „Konjunkturproblem der Textilwirtschaft“ überhaupt geworden ist, ergibt sich die Gesamtlage auch in den einzelnen Produktionszweigen.

### I. Baumwolle

Die Auswirkung übersteigter Rohstoffbestände und fehlender Nachfrage zeigt sich in besonders prägnanter Weise in der Preisentwicklung für Baumwolle. Sie kam am deutlichsten zum Ausdruck in dem Preistief, das die amerikanische Baumwolle um die Jahresmitte 1932 erreichte. Die Notierungen der New Yorker Baumwollbörse gingen herunter bis auf 5 Cent pro lbs. für Middling loco, während die Farmer mit etwa 8 Cts. Selbstkosten zu rechnen hatten. Nur der großzügigen amerikanischen Kreditpolitik, intensiver weiterer Stützungsmaßnahmen des „Farm-Board“ und vorübergehenden ungünstigen Erntevorauslagen des amerikanischen Ackerbauamtes war es zu danken, daß in wiederholten Anläufen und trotz wiederholter Preiserückfälle bis auf 8 Cts. Ende Oktober Anfang November die Preise sich erhöhten und wieder die Selbstkostengrenze überschritten. Eine Stabilisierung, die allerdings mit neuen schweren Opfern der interessierten Stellen verbunden ist. —

Die „Stützung“ der amerikanischen Baumwollwirtschaft durch die amerikanische Regierung und das „Farm-Board“, die in maßgebender Weise die Gesamtentwicklung der Welt-Baumwollherzeugung beeinflussten, hat sich schon immer als ein zweischneidiges Instrument erwiesen. Wiederholt hat diese durch das „Farm-Board“ (Bankenkonsortium zur Hochhaltung bzw. Stützung der Baumwollpreise) betriebene Zurückhaltung von Baumwolle zur Verringerung des Angebots und Erzielung besserer Preise zur Folge gehabt, daß der Anbau im nächsten Jahre von den Farmern nicht verringert, sondern eher noch weiter intensiviert wurde — so daß das entgegengesetzte Ergebnis eintrat: weitere Vergrößerung der Ernten und Zunahme der Lagerbestände. Die besonderen Schwierigkei-

ten der amerikanischen Baumwollwirtschaft sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen. Daneben freilich kommt für die amerikanische Baumwollwirtschaft erschwerend die Tatsache einer beständigen Abwanderung des Bedarfs auf ägyptische (und asiatische) Baumwolle hinzu. Die die amerikanischen Baumwollbestände weiter anwachsende Nachfrage.

Die Lage auf dem Baumwollmarkt wird gekennzeichnet durch folgende Feststellungen: Der Weltvorrat an Baumwolle aller Sorten betrug nach den Ermittlungen des „International Federation of Masters Cotton Spinners and Manufacturers Association in Manchester“ (internationale Baumwollspinner-Bereinigung) am 31. Juli 1932 rund 17,5 Mill. Ballen (gegenüber 13,9 Mill. Ballen 1931). Davon waren 6,50 Mill. Ballen amerikanische Baumwolle (gegenüber 5 Mill. Ballen 1931). Zu diesem Weltvorrat von 17,5 Mill. Ballen Baumwolle aller Sorten kommt eine voraussichtliche Ernte 1932/33 von 21 Mill. Ballen — davon allein etwa 12 Mill. Ballen amerik. Baumwolle. Für die Baumwollversorgung der Welt stehen also 38,5 Millionen Ballen Baumwolle zur Verfügung. Der nach dem Weltverbrauch von 1931/32 geschätzte Gesamtbedarf der Welt aber beträgt zirka 22,3 Mill. Ballen. Within verbleibt, wenn nicht wider Erwarten eine weitere Absatzverminderung oder eine Erntesteigerung eintritt, ein Baumwollüberschuß von 16,2 Mill. Ballen. Mit anderen Worten: Der Weltvorrat an Baumwolle ist um fast drei Viertel größer als der Weltverbrauch eines Jahres.

Die 17,5 Mill. Ballen Baumwolle alten Vorrats verteilen sich auf zirka 9 Mill. Ballen bei den Farmern, zirka 4,5 Mill. Ballen bei den Spinnern und zirka 4 Mill. Ballen Stützungsbestände.

Eine Begründung für eine Preissteigerung für Baumwolle ist also entgegen der eingetretenen Preiserhöhung in der Bestandsentwicklung der Welt keineswegs gegeben. (Der verhältnismäßig tiefe Qualitätsstand der diesjährigen Ernte rechtfertigt lediglich die erfolgten stärkeren Preisaufschläge für bessere Sorten.) Ebenfalls ist aber andererseits aus den Nachfrageverhältnissen eine Preissteigerung motiviert; denn eine Kaufkraftsteigerung, die zu einer tatsächlichen Absatz- und Aufnahmevergrößerung bei der letzten Hand, dem Verbraucher, führen könnte, ist nicht erfolgt.

So kennzeichnet diese erfolgte Preissteigerung — soweit sie tatsächlich im Staufen zum Ausdruck gekommen ist — zunächst lediglich eine mehr oder weniger spekulative Belebung, die zunächst noch immer mehr oder weniger nur Bestandsverlagerung (vom Erzeuger zum Verarbeiter) ist. Ob eine wirkliche Kaufkraftbelebung und Verbrauchssteigerung daraus folgern wird, bleibt abzuwarten. Aber auch dann noch bleiben Millionen Ballen Baumwolle „überflüssig“ — indes Millionen Menschen Nahrungsnot leiden! — Zeichen unserer Zeit!

## Unmöglichkeiten in der Sozialversicherung

### „Dank“ des Vaterlandes?

Das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung wie auch die spätere Reichsversicherungsordnung sahen vor, daß Militär- oder Kriegsdienstzeiten von Versicherten ohne Entziehung von Beiträgen rentensteigernd angerechnet wurden. Diese Zeiten waren so zu bewerten, als wenn sie voll mit Beiträgen der Lohnklasse II belegt seien. Auch in den ersten Nachkriegsjahren wurde an dieser Rechtslage nichts geändert, bis im Jahre 1924 eine Verordnung erließ, die den Kriegsteilnehmern und früheren Soldaten jeden Anspruch aus der Zeit ihres Dienstes nahm. Im Jahre 1929 wurde die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung durch eine Entscheidung des Revisionsrates des Reichsversicherungsamtes bestätigt.

Sowohl die Verordnung vom 16. 4. 1924 wie auch die Entscheidung des Revisionsrates aus dem Jahre 1929 sind kaum zu verstehen. Es wäre eher verständlich gewesen, wenn man statt einer Streichung dieser Dienstzeiten für die Anrechnung eine höhere Bewertung derselben hätte eintreten lassen. Besonders bei den Kriegsdienstjahren würde man es nur für ein Recht empfinden können, wenn diese Zeiten in der höchsten Lohnklasse rentensteigernd angerechnet würden.

Auch aus einem anderen Gesichtspunkte heraus ist die Anrechnung dieser Dienstzeiten nur ein Akt der Gerechtigkeit. Eine große Anzahl von Heerespflichtigen war jahrelang in der gutentlohnten Kriegsindustrie tätig. Sie waren für diese Arbeit reklamiert worden. Das galt allgemein als eine besondere Vergünstigung, zumal dies „Reklamiertsein“ den Heerespflichtigen vom Kriegsdienst entböh. Während nun der Kriegsteilnehmer in der Zeit seines Kriegsdienstes nichts für seine spätere Versorgung tun konnte, war es dem Reklamierten möglich, diese Zeit mit Beiträgen der höchsten Lohnklasse zu belegen. Somit wird hier der wesentlich schwerere und gefährlichere Dienst für das Vaterland in der Altersversorgung gar nicht bewertet, während der leichtere Dienst in der Heimat für die Altersversorgung voll angerechnet wird. Das ist gegenüber den Kriegsteilnehmern eine Ungerechtigkeit, die unbedingt abgestellt werden muß.

Wenn man berücksichtigt, daß die Anrechnung der Beiträge der Lohnklasse V gegenwärtig mit 30 Pfennig pro Marke erfolgt, so kann man ersehen, um wieviel der Kriegsteilnehmer gegenüber dem Dabeingebliebenen schlechter dasteht. Rechnen man vier Kriegsdienstjahre, so ergeben sich etwa 200 Beiträge. Diese pro Marke mit 30 Pf. gesteigert, ergibt pro Jahr die Summe von 60,— M. Das macht für den Kriegsteilnehmer einen Ausfall von 5,— M. im Monat. Noch schlimmer wird die Sache, wenn der Kriegsdienstzeit eine Militärdienstzeit vorausging. Dann ergibt sich bei zweijähriger Dienstzeit nochmals ein Ausfall von rund 100 Beiträgen. Rechnen wir auch diese mit 30 Pf. Steigerung, so beträgt der Ausfall insgesamt 60,— und 30,— M., ist 90,— M. oder monatlich 7,50 M. Um diesen Betrag sind eine ganze Anzahl jener in ihrer Altersversorgung geschädigt, die ihrem Vaterland mit

## Brot und Arbeit durch den Verband.

„Die Gewerkschaften können auch keine Arbeit geben“, so hören wir oft als Einwand gegen unseren Verband. — Ist das wirklich wahr? — Lesen wir einmal die Tätigkeitsberichte der Organisationen, und schauen wir uns einmal die Berichte der Geschäftsstellen des Verbandes daraufhin an. Zahllose Fälle werden wir finden, in denen durch den Verband Wiedereinstellungen und Neueinstellungen erreicht oder Betriebsverengungen und Entlassungen verhindert wurden. Und so müssen wir uns fragen: wann man nicht auch „Brot und Arbeit geben“, indem man vor dem Verlust von Brot und Arbeit bewahrt? — Durch den gemeinschaftlichen Rechtsschutz geschieht das täglich und oft — durch Verhandlungen über Betriebsverengungen — ohne daß der einzelne Arbeiter und seine Angehörigen etwas davon wissen. Der Verband sichert und erhält ihnen so viel öfter ihre Existenz, als ihnen selber die „Arbeit“ kommt.

Tragen wir deshalb alle Sorge, den Verband für diese wichtige Funktion schlagkräftig und lebensfähig zu erhalten durch geschlossene, opferbereite Mitgliedschaft und Werbearbeit. — r.

eigener Person und in höchster Lebensgefahr dienen durften. Soll das Wort vom Dank des Vaterlandes nicht völlig außer Kurs geraten, so ist hier eine schnelle Aenderung notwendig. R. B.

### Verteuerung der Arznei

Nach Pressemitteilungen soll ab 1. Februar 1933 die Arzneitaxe (der Zuschlag der Apotheker auf die Einkaufspreise) erhöht werden. Der Preiskommission hat diesen Zuschlag von 75 auf 84 Prozent des Einkaufspreises herabgesetzt. Das völlige Schwinden der Waffenkaukraft in Verbindung mit den bekannten Maßnahmen in der Krankenversicherung (Krankenschein- und Arzneigebühr) hat zu einem starken Rückgang im Verbrauch von Arzneimitteln geführt. Die nunmehr von der Reichsregierung beschlossene Erhöhung der Arzneitaxe soll den Apothekern für diesen Rückgang einen gewissen Ausgleich bieten.

Diese Maßnahme halten wir für völlig verfehlt und unsozial. Sie wird nicht geeignet sein, den Apothekern irgendwie zu helfen. Wie die Verhältnisse heute liegen, ist es vielen Arbeitnehmern einfach nicht möglich, das vom Arzt verordnete Rezept gegen Arzneimittel einzulösen. Der Betrag von 50 Pfg. für die Verordnung, der mit demselben Betrag für den Krankenschein auf 1,— M. anwächst, ist in sehr vielen Fällen unerschwinglich. Die nunmehr beschlossene weitere Erhöhung des Arzneipreises wird diesen Zustand noch verschärfen. Verordnungen, die den Betrag von 50 Pfg. nicht erreichen, zahlt der Versicherte allein aus der Arzneigebühr. Diese im Preise niedrig gehaltenen Heilmittel werden durch die neuen Maßnahmen den Versicherten verweigert. Man mag hier vielleicht einwenden, daß es sich bei dieser Verteuerung für die Versicherten um ganz geringe Beträge handelt. Dies trifft zweifellos zu. Aber bei dem Einkommen dieser Menschen handelt es sich ebenfalls um ganz geringe Beträge. Hieron einen Teil für Arzneimittel abzugeben, ist kaum möglich.

Die Erhöhung der Arzneitaxe wird dadurch noch unsozialer, weil sie kassellweise vorgenommen wird. Artikel bis zu 1,— M. im Einkauf sollen mit 70 Prozent Zuschlag belegt werden. Bei steigendem Wert senken sich die Zuschläge, so daß bei einem Wert von 7,50 M. der Zuschlag 50 Prozent beträgt. Durch diese Staffelung soll der Absatz teurer Präparate gefördert werden.

Wenn auch durch diese Arzneiverteuerung in der Hauptsache die Krankenkassen betroffen werden, so kann das die Versicherten doch nicht gleichgültig lassen. Glaubt man nämlich, den Krankenkassen diese Mehrausgabe zumuten zu können, so wäre den Versicherten und nicht zuletzt auch den Apothekern mehr gedient gewesen, wenn man die in der Jetztzeit gänzlich verfehlte Gebühr für Krankenschein und Arzneigebühr hätte. Eine solche Maßnahme hätte zweifellos vielen Arbeitnehmern die Arzneihilfe ermöglicht und somit den Umsatz der Apotheken gesteigert. Die Erhöhung der Arzneitaxe bedeutet für die Versicherten eine weitere untragbare Belastung. R. B.

